



Sozialräume

Die Suche nach Richtung und Halt in dieser Zeit globalen Umbruchs bringt merkwürdige Vorschläge und Ordnungsideen hervor. Dazu gehört auch das hier und in anderen westlichen Industrienationen immer häufiger zu hörende Rezept einer Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den „Sozialräumen“: Im Sozialraum Europäische Union (EU) müßten weitgehend einheitliche soziale Verhältnisse geschaffen und in der übrigen Welt strenge, allgemein verbindliche Mindeststandards eingeführt werden, um möglichem Sozial- und Umweltdumping einen Riegel vorzuschieben.

Doch was für unsere auf Sozialvokabeln positiv eingestellten Ohren vernünftig und human klingt, muß – ehe von der Politik wieder vollendete Tatsachen geschaffen werden – auf seine Motive und Auswirkungen hin durchleuchtet werden. Sonst könnte es sein, daß wir in eine weitere selbstgestellte Sozial-Falle laufen.

SOZIALRAUM EUROPA

Die Vorstellung, daß neben dem *Wirtschafts-* auch ein *Sozialraum* Europa geschaffen werden müsse, ist nicht neu. Sie entspricht den bei uns heimisch gewordenen sozialstaatlichen Denkkategorien. Doch während in der Vergangenheit eher die einzelnen Staaten als Adressaten sozialpolitischer Gestaltung ins Visier genommen wurden, hat der Vertrag von Maastricht – von der breiteren Öffentlichkeit eher unbemerkt – auf dem Felde der Sozialpolitik der Europäischen Union selber weitere Befugnisse eingeräumt.

Mit Ausnahme von Großbritannien, das den schon durch die „Sozialcharta“ vorgezeichneten Weg der Gemein-

schaft nicht gehen wollte, schlossen die Mitgliedstaaten ein Abkommen über die zukünftigen sozialpolitischen Aktivitäten der Union und fügten es dem Protokoll über die Sozialpolitik bei.

Wenn es also künftig darum geht, die Arbeitsumwelt vorteilhafter zu gestalten, die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern sowie die Arbeitnehmer besser zu unterrichten und anzuhören, kann der Ministerrat jetzt auf Vorschlag der Kommission schon mit qualifizierter Mehrheit (44 anstelle der sonst üblichen 54 Stimmen) Richtlinien mit bestimmten Mindestvorschriften erlassen, die von den das Protokoll unterzeichnenden Mitgliedstaaten befolgt werden müssen (Art. 118a II EUV). Demgegenüber können die Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer, soweit es um deren soziale Sicherheit, um Kündigungsschutz oder Mitbestimmungsrechte geht, weiterhin nur einstimmig beschlossen werden (Art. 100a II EUV). So ist zu vermuten, daß zunächst die gemeinschaftlichen Aktivitäten im Gesundheitsschutz und bei den Arbeitsbedingungen intensiviert werden.

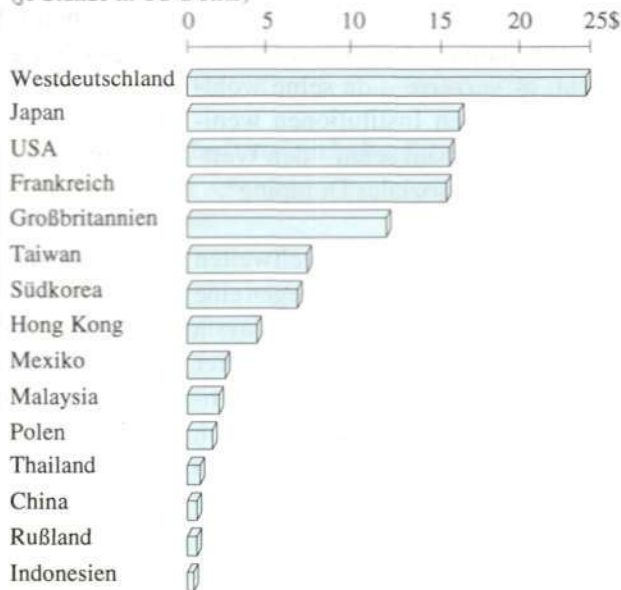
Fragwürdige Angleichungsvorstellungen

Doch das geht vielen nicht weit genug. Sie propagieren eine „Sozialunion“ und wei-

sen darauf hin, daß die Europäische Union schon heute von sich aus tätig werden darf, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können“ (Art. 3b EUV).

In Verkehrgung des Subsidiaritätsprinzips, wonach die so begründete Zuständigkeit eben nur die Ausnahme von der Regel sein soll, erklären sie die Formulierung und Durchsetzung einer gemeinsamen Sozialpolitik zum supra-nationalen Anliegen: Um der Funktionsfähigkeit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion willen sei deren Ergänzung durch eine gemeinsame, die Lebensverhältnisse einander angleichende europäische Sozialpolitik unumgänglich. Sie müsse für alle Mitgliedsländer Mindeststandards des sozialen Schutzes aufstellen.

Arbeitskosten im internationalen Vergleich 1993
(je Stunde in US-Dollar)



Quelle: Morgan Stanley

Diesen Vorstellungen gegenüber ist Vorsicht geboten. Sie laufen auf ein immer nachhaltigeres Hineinregieren von Brüssel in die einzelnen Staaten und deren gewachsene Lebensordnungen hinaus. Ob ein immer größeres Maß an sozialer Vereinheitlichung vertretbar oder gar zu wünschen ist, soll hier nicht untersucht werden. Im folgenden geht es nur um die Frage, ob eine zentralistische Entwicklung im Sozialbereich elementaren ökonomischen und sozialen Kriterien überhaupt standzuhalten vermag. Denn zumindest darüber muß Klarheit geschaffen werden, ehe die Europäische Gemeinschaft auch im Sozialbereich unumstößliche, noch Generationen bindende Fakten schafft.

Beargwöhntes Sozialdumping

Für eine europäische Sozialunion wird unter anderem die Notwendigkeit ins Feld geführt, Sozialdumping abwehren zu müssen. Spektakuläre Produktionsverlagerungen wie die des amerikanischen Staubsaugerherstellers Hoover von Frankreich nach Schottland oder die des Werkzeugmaschinen-Herstellers Black & Decker von Deutschland nach England haben insbesondere Großbritannien den Vorwurf eingebracht, es verzerre – da seine wohlfahrtsstaatlichen Institutionen weniger stark ausgebaut seien – den Wettbewerb durch „soziales Dumping“.

Doch diese Wertung – im weltweiten Kontext in ähnlicher Weise gegen eine Vielzahl anderer Staaten von Malaysia bis Mexiko gerichtet – hält genauerer Überprüfung nicht stand. Von Dumping könnte nur dann die Rede sein, wenn diese Länder ihre Güter zu einem unter den Produktionskosten liegenden Preis auf den Markt brächten. Das ist aber nicht die Regel, denn diese Länder können rechnen. Da sie für sozialstaatliche Aufgaben wesentlich

weniger an knappen Ressourcen verbrauchen, liegen die Herstellungskosten für private Güter ebenfalls niedriger. Dies schlägt sich in geringeren Arbeitskosten nieder. Die Unternehmen aus diesen Ländern verkaufen ihre Produkte also nicht unter Preis, sie produzieren sie nur deutlich preisgünstiger. Und das zunehmend in gleicher Qualität wie vergleichbare deutsche oder europäische Produkte.

Eines hingegen macht das vorschnell ausgegebene Wort vom Sozialdumping bei genauerem Hinsehen schlagartig deutlich: Wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften – oder das, was man dafür hält –, und die dafür aufzubringenden Mittel sind zu einem Faktor im internationalen Standortwettbewerb geworden. Dabei messen wir selbst freilich skrupellos mit zweierlei Maß, wenn wir zwar die Standortvorteile der reicheren Länder (gut ausgebaute Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte etc.) für „fair“ erklären, die Standortvorteile ärmerer Länder (niedrige Lohnkosten, weniger kostspielige Sozialsysteme etc.) hingegen als „unfair“ Dumping anprangern.

Vereinheitlichung verhindert Angleichung

Weiter ist zu fragen, ob eine zentral gesteuerte Vereinheitlichung sozialer Normen überhaupt geeignet wäre, das erklärte Ziel höheren sozialen Standards vor allem in den südlichen Ländern der EU zu erreichen. Das kann unstrittig nur dann gelingen, wenn die Wirtschaft dieser Länder entsprechend stark und leistungsfähig wird. Doch eine schon zuvor erzwungene europaweite Anhebung der Sozialstandards würde gerade das Gegenteil bewirken: die Arbeitskosten würden erhöht, die für Investitionen erforderlichen Gewinne geschmälert. Beides ginge zu Lasten des Beschäftigungsstandes. Die

damit ungünstiger werdenden Standortbedingungen würden den Zufluß von Realkapital und damit auch den Weg zum Wohlstand erschweren.

Dieser Kausalzusammenhang läßt sich auch durch die Errichtung von Fonds nicht aushebeln. Selbst wenn also daran gedacht sein sollte, die zusätzlichen Soziallasten der schwächeren Volkswirtschaften durch Zuschüsse der Gemeinschaft auszugleichen, würde das Gegenteil des Erwünschten erreicht. Denn hohe soziale Mindeststandards sind kaum mit dem Differenzierungsgrad der Einkommen vereinbar, der für einen hohen Beschäftigungsstand in diesen Ländern unerlässlich ist.

Die EU muß sich deshalb davor hüten, die Prozesse der Einkommensangleichung von sich aus zu forcieren oder gar Absicherungen gegenüber den Folgen marktwidriger Lohnfestsetzung in Aussicht zu stellen. Solche Verheißungen ließen sich nur durch ein unvorstellbares Mehr an öffentlichen Hilfen aus der gemeinsamen Kasse einlösen, in die vorwiegend die reicheren Länder einzahlen. Deren Finanzkraft würde damit schlicht überfordert.

Schon heute ist das Maß an Umverteilung innerhalb der Europäischen Union alarmierend, ineffizient und häufig kontraproduktiv. Der Vertrag von Maastricht hat einen zusätzlichen Kohäsionsfonds errichtet, dessen Mittel einzelnen ärmeren Ländern der Gemeinschaft zufließen sollen. Der Kohäsionsfonds soll weitere Mittel für die Regionalpolitik der Gemeinschaft verfügbar machen, die gegenwärtig alleine aus dem Strukturfonds gespeist wird, in dem Regional-, Sozial- und Agrarfonds zusammengefaßt sind. Mit der Errichtung des Kohäsionsfonds, der bis zum Jahre 1999 auf rund 15 Mrd. ECU aufgestockt werden soll,

steigt das Maß an Umverteilung in der Gemeinschaft weiter beträchtlich an.

Dabei ist die Zweischneidigkeit des ganzen Finanzausgleichs mittlerweile offenkundig. Immer häufiger wird zu diesem fragwürdigen Mittel gegriffen, um die Zustimmung einzelner Mitgliedsstaaten zu wichtigen Reformmaßnahmen der EU schlichtweg zu erkaufen – selbst dann, wenn es für weitere Transfers keine stichhaltige Sachbegründung gibt. Wird so weitergemacht, dürfte der für die Europäische Union zu entrichtende Preis von den Hauptzahlern bald nicht mehr oder nur noch auf Kosten ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu erbringen sein. Zudem würde die Schaffung weiterer Ansprüche an Gemeinschaftsfonds unseren östlichen Nachbarn die Tür zu dem erhofften EU-Beitritt zuschlagen, denn jede Erweiterung der Gemeinschaft könnte so zum nicht mehr verkraftbaren Zuschußgeschäft werden.

Auch der andere Weg, einzelnen europäischen Staaten die Zustimmung zu Gemeinschaftsmaßnahmen durch eine Verständigung auf protektionistische Barrieren abzukaufen, sollte nicht gegangen werden – so verlockend er auch erscheinen mag, weil er zunächst die staatlichen Haushalte nicht belastet. Doch damit würde sich die Union zu ihrem eigenen Schaden unweigerlich in Richtung auf eine Festung Europa hin entwickeln.

Luftschloß „Sozial-Union“

Aus ökonomischer, vor allem aber aus sozialer Sicht besteht in Europa somit kein Bedarf an sozialen Einheitsstandards und vereinheitlichten Systemen. Im Gegenteil. Ihre Auferlegung durch die Zentralinstanzen der EU wäre kontraproduktiv und würde geradezu das vereiteln, was angeblich erreicht werden soll – ein höherer materieller Le-

bensstandard, mehr Sicherheit und Entscheidungsspielraum für den einzelnen. Europaweite Regulierungen zum vermeintlichen Schutz der Arbeitnehmer und zur Anhebung der Löhne in den heutigen Niedriglohnländern würden die dortigen Arbeitnehmer zwingen, für eine in ihren Augen vielleicht weniger wichtige Verbesserung der Sozial- und Arbeitsbedingungen von ihrem erwirtschafteten Arbeitsertrag mehr herzugeben, als sie aus freien Stücken aufwenden würden. Denn liegt ihnen tatsächlich an bestimmten Verbesserungen, können sie diese in (Kollektiv-)Verträgen selbst vereinbaren. Käme es hingegen zu einer befohlenen Angleichung der Arbeitsbedingungen, der keine äquivalent verlangsamte Lohnsteigerung gegenüberstünde, wäre sogar ein Anstieg der Arbeitslosigkeit unvermeidlich.

Dies alles besagt keineswegs, daß die Situation der Arbeitnehmer in den ärmeren Ländern nicht verbessert werden kann oder daß sie sich in den reicheren Staaten verschlechtern müßte. Der gemeinsame europäische Wirtschaftsraum bietet allen daran Beteiligten durchaus die Chance, ihre Einkommen durch verstärkte Arbeitsteilung zu steigern. Auch können die ärmeren Länder gegenüber den reicheren aufholen, vorausgesetzt freilich, Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik bleiben vernunftorientiert und beseitigen nicht im Vorgriff auf diesen Erfolg die in niedrigeren Löhnen oder Sozialkosten liegenden Wettbewerbsvorteile.

Ganz ähnliche Zusammenhänge gelten für die Verbesserung des Umweltschutzes, soweit er nicht grenzüberschreitende Emissionen betrifft. Mit aufholender wirtschaftlicher Leistungskraft und mit zunehmenden öffentlichen wie privaten Einkünften vergrößern sich Spielraum und Anreiz

der bislang eher umwelt-indifferenten Länder, in einen zukunftsverheißenden Umweltschutz zu investieren, ohne dabei ihre Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Die von vielen reicheren Ländern heute als bedrohlich empfundenen niedrigen ökologischen Standards der ärmeren werden sich also nach oben bewegen, wenn die ökonomischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Offene Gütermärkte und die Absage an eine „Festung Europa“ gehören dazu.

SOZIALRAUM ERDE

Daß auch die Erde selbst Sozialraum für ihre gegenwärtig rund 6 Milliarden Menschen ist, läßt sich nicht leugnen. So mehrten sich in westlichen Industrieländern die Stimmen, die auch für die arbeitende Bevölkerung der Dritten Welt soziale Mindeststandards verlangen. Sie sollen mit Handelsrestriktionen durchgesetzt werden. Auf die Motive dieser Forderung wird noch eingegangen. Hier geht es wiederum nur um die Frage, ob das erklärte Ziel, die Verbesserung der dortigen Lebensumstände, mit aufgezwungenen sozialen Mindeststandards überhaupt erreichbar ist. Die Antwort lautet auch hier: Nein. Was schon im Sozialraum Europa nicht funktionieren kann, ist für den Sozialraum Erde noch viel weniger tauglich. Denn während die Staaten der EU untereinander immerhin als einigermaßen homogen gelten können, sind die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterschiede zum Beispiel zwischen Europa und den hier als besonders bedrohlich empfundenen „Tigerstaaten“ Südasiens gewaltig. Ihre Marktwirtschaften kennen keine ausgeprägte soziale und ökologische Bindung, ihre Demokratien kein hohes Maß an individuellen Freiheitsrechten unseres Verständnisses. Stattdessen treten sie im weltweiten Wettbewerb mit einer Mischung

aus freier Marktwirtschaft, geringer, staatlich kaum garantierter sozialer Sicherheit und ausgeprägtem politischen Zentralismus an.

Diese Mixtur aus starkem Staat und offenen Märkten ist dem Wachstum ihrer Volkswirtschaften außerordentlich förderlich und regt andere zur Nachahmung an. Was in den sechziger und siebziger Jahren mit Südkorea, Taiwan, Singapur und Hong Kong begann und in den achtziger Jahren mit Indonesien, Malaysia und Thailand weitergeführt wurde, dürfte in absehbarer Zeit von China und Vietnam fortgesetzt werden. Dem Beispiel Japans folgend haben sie ein in der Wirtschaftsgeschichte einmaliges Wachstumswunder geschaffen. Während die USA in ihrer Industrialisierungsphase 50 Jahre benötigte, um das Pro-Kopf-Einkommen zu verdoppeln, gelingt dies in Südostasien heute in einem Viertel der Zeit. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds wird in diesem Jahrzehnt die Hälfte der weltweiten Einkommenszuwächse im Fernen Osten erzeugt.

Industriestaaten in der Zange

Angesichts dieser Lage müssen die etablierten Industriestaaten erstmalig in der jüngeren Geschichte eine für sie im Sozialraum Erde bis heute ungekannte Erfahrung machen. In der Vergangenheit konnten sie für gewöhnlich davon ausgehen, die an aufholende Länder im Bereich arbeitsintensiver Güter verlorenen Wettbewerbsvorteile durch neue, anspruchsvollere Produkte wieder auszugleichen. Doch inzwischen haben viele Länder Asiens die Qualität ihrer technischen Ausstattung und Ausbildung so verbessert, daß sie nicht nur einfache Arbeiten, sondern höchst anspruchsvolle Leistungen und Produkte zu einem Bruchteil unserer Kosten anbieten können. Ähnliches läßt

sich jetzt von den Staaten des östlichen Mitteleuropa feststellen. Damit treffen die hochentwickelten westlichen Industrieländer zum ersten Mal rund um den Globus auf Konkurrenten, die qualitativ gleichwertige Industrieprodukte und Dienstleistungen an Standorten mit wesentlich niedrigeren Lohn-, Sozial- und Umweltschutzkosten produzieren können und entschlossen sind, diese Vorteile auch zu nutzen.

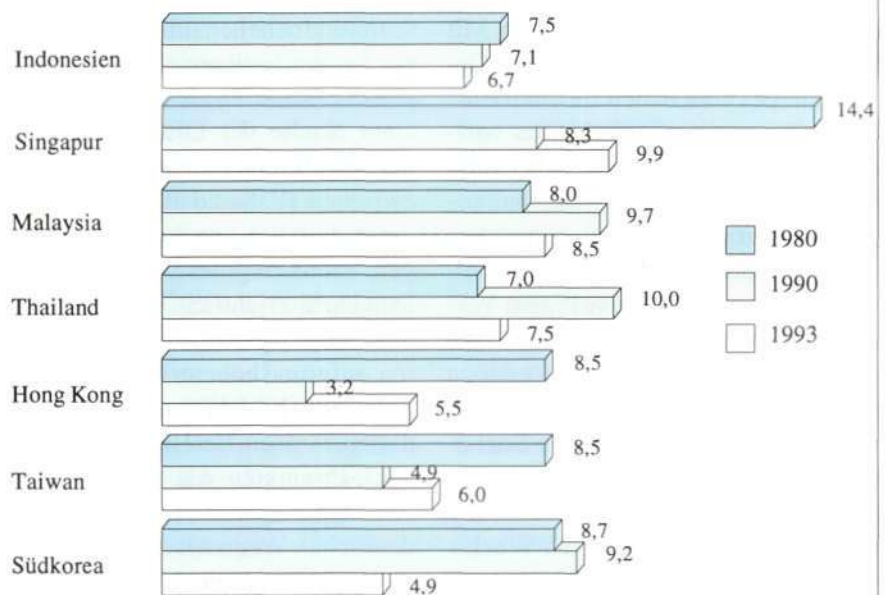
Zugleich werden die Industrieländer auch von „unten“, d.h. im Bereich der einfacheren, arbeitsintensiven Produktionen in die Zange genommen. Denn nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in Osteuropa hat sich die Wettbewerbssituation für einfache Industrieprodukte auf den Weltmärkten drastisch verschärft. Zudem ist China auf dem Sprung, sich mit seinem gewaltigen Potential an Arbeitskräften in die internationale Arbeitsteilung einzuklinken. Auch in Lateinamerika reißen sich viele Länder

erfolgreicher als in der Vergangenheit in die Weltwirtschaft ein. Kapitalanlagen sind in der ganzen Welt sicherer geworden, und die multinationalen Unternehmen entwickeln sich in immer größerer Zahl zu Organisationen, die über alle kulturellen Schranken hinweg Standortvorteile nutzen können, wo immer sie sich auftun.

Damit hat sich die gesamte weltwirtschaftliche Szenerie grundlegend geändert. Im Wettbewerb um die Arbeitsplätze von morgen schicken die Niedriglohnländer sich an, die Hochlohnländer abzuhängen. Je attraktiver diese Newcomer schon wegen ihrer niedrigeren Arbeitskosten auf Investoren wirken, desto mehr Realkapital wird in diese Länder wandern. Dort entstehen jetzt neue Fertigungs- und Dienstleistungsstätten mit moderner, produktivitätssteigernder Technik. Demgegenüber verringert sich das Tempo der Neu-, Erweiterungs- und Reinvestitionen in den Hochlohnlän-

Südostasiens Wachstumsraten

(Zunahme des Bruttonationalprodukts in Prozent)



Quelle: Asian Development Bank

dern, mit der Folge, daß hier insbesondere im Bereich der Industrie per saldo Arbeitsplätze abgebaut werden.

Abschottung durch Mindeststandards hilft nicht

Vor diesem Hintergrund wenden sich – in Verkennung von Ursache und Wirkung – immer mehr Stimmen gegen Konzept und Praxis des freien Welt Handels. Es führe zu sozialer und ökologischer Verödung, der dann auch die einzelnen Regierungen machtlos gegenüberstünden, schon weil mit der Globalisierung der Märkte Arbeitsplätze beliebig verlegt werden könnten. Gefährliche Gegenreaktionen wie Rechtsradikalismus könnten die Folge sein. Um solcher Entwicklung zu wehren, müsse der Welthandel durch allgemeinverbindliche Umwelt- und Sozialstandards gezähmt und gesteuert werden. Wie sind diese in den vergangenen GATT-Runden zwar abgewiesenen aber künftig vermehrt zu erwartenden Vorschläge zu bewerten?

Zunächst: Die zum Aufholen entschlossenen Schwellenländer werden einer solchen Beschneidung ihrer Möglichkeiten nicht freiwillig zustimmen. Mit ihrer bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik haben sie ihren Bürgern eine rasche Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand gesichert, und das – so die Weltbank – bei bemerkenswert geringen Einkommensunterschieden. Zudem gelang diese Wohlstandsmehrung bei fast völligem Verzicht auf staatliche Sozial- und Umverteilungssysteme. Eine Folge davon ist, daß die Volkswirtschaften Ostasiens heute fast 40 Prozent ihres Sozialprodukts sparen. Diese hohe Sparquote sowie eine solide, breite Ausbildung sind Grundlage des dortigen Wachstums, der individuelle Wunsch nach Wohlstandsmehrung ist seine Triebkraft.

Doch von der mangelnden Durchsetzbarkeit abgesehen: Wer zur Verwirklichung von „Sozialschutz“ Handelsbeschränkungen fordert, hat kaum begriffen, daß gerade ein freier, erdumspannender Wirtschafts- und Handelsaustausch allen Beteiligten Vorteile bringt. Zum einen ermöglicht er internationale Arbeitsteilung. Die Unterschiede von Klima, natürlicher Umgebung, Kapitalstock und Infrastruktur, die unterschiedlichen Einstellungen zur Arbeit überhaupt, all das verschafft jedem Land seine eigenen Vor- und Nachteile sowie die Möglichkeit, sich auf seine Stärken zu konzentrieren. Zum anderen intensiviert der freie Handel den globalen Wettbewerb. Dank des ungehinderten Warenaustauschs können Milliarden Kunden täglich ihre Auswahl treffen. Das spornt die Unternehmen zu größerer Leistung und niedrigeren Preisen an. Beides verringert Effizienzverluste ein und schafft breiteren Wohlstand.

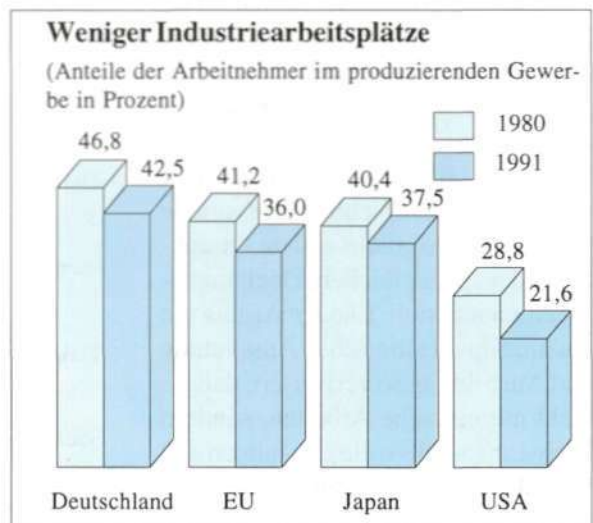
Somit bleibt festzuhalten: Mit einer Beschränkung des internationalen Handelsaustauschs durch einseitig festgelegte Sozial- und Umweltstandards würden bestehende Probleme kaum beseitigt und neue heraufbeschworen. Bisher hat der Freihandel mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Nach einer Studie der OECD hat die Bundesrepublik zwischen 1978 und 1986 durch Importe von billigen Industriegütern im Durchschnitt jährlich 0,41 ihrer Arbeitsplätze verloren, aufgrund höherer Exporte jedoch 0,83 Prozent dazugewonnen. Bei High-Tech-Produkten war der Arbeitsplatzgewinn noch deutlicher. Wenn wir also die Entwicklung nicht verschlafen, sondern unsere Möglichkeiten energisch

nutzen, kann das auch in Zukunft der Fall sein. Die Leistungsbilanz der meisten ostasiatischen Länder, aber auch die Polens und Tschechiens, ist negativ. Sie kaufen mehr Industriegüter im Ausland, als sie ihrerseits dort absetzen. Zudem vermehrt der steigende Wohlstand der Aufholstaaten laufend die Absatzchancen hochwertiger Produkte und ganzer Industrieanlagen, wie die Europäische Union und gerade Deutschland sie zu bieten vermögen. Grund genug also, den internationalen Handelsaustausch nicht zu behindern, sondern sich, im Gegenteil, voll in ihn einzubringen.

WOHLSTANDSRAUM DEUTSCHLAND

Hinter all den Forderungen nach Sozialräumen, Mindeststandards und Handelsrestriktionen wird bei genauerem Hinsehen der Versuch erkennbar, trotz grundstürzender Veränderungen in der Welt den Wohlstandsraum Deutschland unangetastet zu lassen und die hier erreichten Besitzstände ungeschmälert in die Zukunft zu retten.

Dieses Interesse von 80 Millionen Deutschen ist verständlich, vielleicht sogar legitim. Zu fragen ist aber auch hier: Sind Sozialräume und Handels-



beschränkungen geeignet, diesen Erfolg herbeizuführen? Sie sind es nicht.

Ob wir unsere hohen materiellen Ansprüche an das Leben – und damit auch an unsere eigene Volkswirtschaft – auch in Zukunft noch einlösen können und wie wir mit etwaigen Abstrichen zurechtkommen, darüber befinden letztlich keine von außen kommenden Faktoren, die wir fernsteuern könnten. Darüber befinden in letzter Zuständigkeit allein wir Deutschen selbst. Deshalb müssen wir uns schleunigst der Wirklichkeit stellen und erkennen: Im internationalen Wettlauf ist unser Land heute nur noch *eines* unter vielen. Wir können in diesem Wettlauf nie und nimmer dadurch bestehen, daß wir den Wettbewerbern nunmehr genauso schweres sozialpolitisches Gepäck umhängen, wie wir es uns selbst aufgeladen haben. Wir müssen stattdessen unsere eigene Mobilität zurückgewinnen. Die der anderen zu bremsen, das kann nicht gelingen.

Anpassungsbereitschaft erhöhen

Für ein Land wie Deutschland, das ein Drittel seiner Produktion exportiert und seinen Wohlstand zu einem beträchtlichen Teil der internationalen Arbeitsteilung verdankt, ist Abschottung keine Lösung. Gewiß, auch unsere Arbeitsplätze sind aufgrund des internationalen Güterausbaus dem Wettbewerb ausgesetzt. Doch läßt sich eine bessere Beschäftigungssituation nicht dadurch erreichen, daß die internationale Arbeitsteilung durch protektionistische Maßnahmen eingedämmt wird. Gerade die internationale Arbeitsteilung macht es möglich, Unterschiede in den Produktionsbedingun-

Fazit

- Wieder einmal werden neue Sozialkonstruktionen propagiert: In Europa soll die Sozialunion, in der übrigen Welt – notfalls mit Handelsrestriktionen – ein Mindestmaß an Sozial- und Umweltstandards eingeführt werden.
- Docherzwungene Maßnahmen dieser Art würden bald ein unbezahlbares Eigenleben entwickeln, ohne die Situation der Menschen in den weniger entwickelten Ländern verbessern und die auf uns selbst zukommenden Probleme lösen zu können.
- Stattdessen muß für offene Märkte und für eine Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als Basis für wirkliche Verbesserungen im Sozial- und Umweltbereich geworben werden.
- Wir Deutschen müssen uns im intensiveren internationalen Wettlauf wirtschaftlich, sozial und mental neu einstellen und so zu unserer alten Mobilität und Stärke zurückfinden.

gen durch den Güterhandel auszunutzen. Leitlinie muß sein, unsere Arbeitsplätze wettbewerbsfähiger zu gestalten. Zudem gilt es, unser Exportpotential durch die Entwicklung neuer Produkte zu verbessern. In Deutschland ist die Bewältigung dieser Aufgabe nicht zuletzt durch unsere Erstarrung ins Hintertreffen geraten.

Gute Standortpolitik zielt in erster Linie auf die Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommenschancen der

Arbeitnehmer. Dazu gehören ein Lohnniveau und eine Lohnstruktur, die den Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt entsprechen und zur Vollbeschäftigung passen. Nur so können auch in dem bei uns noch unterentwickelten Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem gilt es, die ganze Palette an relevanten Standortfaktoren zu überprüfen. Die Vorschläge dazu – auch von der Bundesregierung selbst – liegen auf dem Tisch. An ihr und den Tarifpartnern liegt es, sie konsequent umzusetzen. Die Errichtung von Mindeststandards und Handelsbarrieren wäre der falsche Weg.

Doch vielleicht hat die derzeitige Diskussion um „Sozialräume“ auch ihr gutes. Sie kann uns gleich mehrfach zum Nachdenken anregen: darüber, welche schwierige Aufgabe es ist, ein Hochlohnland zu sein und zu bleiben, darüber, wie weit sich unsere Sozialvorstellungen schon von ihrer wirtschaftlichen Grundlage gelöst haben und darüber, wie wir unsere eigenen sozialen Wertungen zum allgemeinverbindlichen Maß erklären und uns anschicken, anderen Völkern ein nach unseren Vorstellungen geschneidertes Glück aufzuzwingen, um davon auch noch zu profitieren.

Das freilich werden sie uns nicht durchgehen lassen. Wenn wir unter den neuen Prämissen uns und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft erwirtschaften wollen, müssen wir bei uns selbst ansetzen und im eigenen Haus Realitätssinn mit wirtschaftlicher sowie sozialer Phantasie verbinden. Wir können nicht mehr auf die Schwächen der anderen bauen. Wir müssen auf unsere eigenen Stärken setzen.